

3.2NEU3 Es könnte so einfach sein: Digitalisierung

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

437 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher
438 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu
439 machen und Teilhabe zu stärken. Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum,
440 die bisher an die Stadt gebunden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung, des
441 Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und den
442 Staat. Wir wollen daran mitwirken, die Chancen zu nutzen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues
443 ausprobiert wird, fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich
444 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen.

445
446 Große Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine
447 breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten geschaffen werden. Bei staatlichen Projekten gilt
448 für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um
449 überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B.
450 Smart-City-Projekte müssen von Anfang an die Bürger*Innen sehr intensiv einbinden, damit tatsächlich die
451 Gesellschaft als ganzes profitiert. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,
452 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten
453 Leben.

454 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

455 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.
456 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets
457 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein
458 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als
459 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine Teilhabe auch technisch möglich sein.
460 Daher lehnen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche Up- &
461 Downloadgeschwindigkeiten) ab und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Netzneutralität
462 ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau von
463 Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land durch den
464 weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

465 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voranzubringen. Statt eine
466 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen
467 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und
468 Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jeder
469 einzelne Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen
470 die Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der
471 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie
472 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden, können sehr effektiv zu einer flächendeckend
473 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

474 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten
475 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren
476 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von
477 Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei ist uns

478 besonders wichtig, dass sich einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der Netzausbau
479 profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

480 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig
481 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Ausspielen der Breitbandversorgung gegen den
482 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.
483 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei passend gelegenen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen
484 wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen.

485 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn
486 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

487 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. "Mobilfunkgipfel" zwischen der
488 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein
489 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung vehement dafür
490 einsetzen, dass sich bei den anstehenden Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung
491 der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen
492 Verkehrswegen orientiert. Zudem muss bei der Bundesnetzagentur die Mobilfunkversorgung als
493 Universaldienstleistung – also Daseinsvorsorge – eingestuft werden.

494 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

495 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.
496 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf
497 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
498 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

499 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden
500 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.
501 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger*Innen darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten
502 ordentlich umgegangen wird.

503 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der
504 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten
505 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und
506 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.
507 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend
508 des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein.

509 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch
510 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. Whistleblower, die die
511 Gesellschaft auf wichtige Missstände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

512 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

513 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
514 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher
515 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte
516 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle
517 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen.

518 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
519 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen ist für uns dabei aber
520 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden
521 muss.

522 Ein Ansatz um Bürger*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das
523 "Once-Only-Prinzip", bei dem die bei den Behörden bereits vorhandene Daten nicht erneut angegeben

524 werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner Behörden, die
525 regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller*Innen pflegen zu erproben.

526 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

527 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,
528 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und
529 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,
530 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen
531 auf allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den
532 IT-Dienstleister ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als
533 Kompetenzzentrum aufbauen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss
534 besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

535 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards,
536 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards
537 zwingend festschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die
538 mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.
539 Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Verschlüsselung
540 absichern. Bei der Kommunikation mit Bürger*innen und Wirtschaft wollen wir dies anbieten. Wie
541 vergangene Skandale zeigen, muss außerdem sehr viel größere Sorgfalt bei der Vergabe von
542 Zugriffsrechten gepflegt werden, um Missbrauch zu verhindern.

543 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige
544 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend
545 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, z.B. in einem Zusammenschluss mehrerer
546 betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten
547 Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es z.B. schon Schleswig-Holstein beschlossen hat.
548 Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können, wollen wir, dass die
549 Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten von zentralisierten
550 Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu vermeiden.